
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

ARBEITSMARKTPOLITIK

20.03.2013

„Wir Liberale lehnen die SPD-Forderung nach einer Ausbildungsgarantie ab, da eine derartige Regelung die Jugendlichen eben nicht bei ihren eigenen Bemühungen um einen Ausbildungsplatz unterstützt, sondern das Gegenteil erreicht. Unserer Ansicht nach weiß der Markt am besten, welche Fachkräfte gebraucht und entsprechend ausgebildet werden. Statt sich mit ideologischen Konzepten, die an der Realität des hessischen Arbeits- und Ausbildungsmarkts vorbeigehen, zu beschäftigen, geht die Landesregierung entschieden die zentrale Herausforderung der Zukunft an: Die bestmögliche Zusammenführung von Ausbildungssuchenden und Ausbildungsstellen“, erklärte Jürgen LENDERS, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.

Weiter erklärte Lenders:

„Die Statistiken des hessischen Arbeitsmarkts belegen am deutlichsten, dass eine derartige Forderung, wie sie von der SPD aus ideologischen Gründen propagiert wird, schlichtweg unnötig ist: So standen Ende des vergangenen Jahres noch 535 unvermittelte und bei der BA gemeldete Bewerberinnen und Bewerber 1.945 gemeldeten Ausbildungsstellen gegenüber, die nicht besetzt werden konnten. Im Gegensatz zur SPD setzen wir auf effektive strukturelle Maßnahmen wie die Hessische Qualifizierungsoffensive und verbindliche Standards beispielsweise in der Berufsorientierung. Dank dieses Engagements der Landesregierung verfügt Hessen nunmehr über eine umfassende und flächendeckende Gesamtstrategie für den Übergang von der Schule in den Beruf, die bundesweit als vorbildlich gilt.

Dass die Maßnahmen der Landesregierung im Bereich der Aus- und Weiterbildung greifen, belegt auch die geringe Quote an Jugendarbeitslosen von 5,8 Prozent, während der Durchschnitt der Jugendarbeitslosigkeit in der EU mittlerweile bei über 23 Prozent liegt. Im Vergleich zu vielen südeuropäischen Ländern kommen Deutschland und Hessen sehr gut durch die Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise und können Erfolge auf dem

Arbeitsmarkt verzeichnen. Dass es Hessen aktuell so gut geht, darf jedoch keineswegs als selbstverständlich betrachtet werden. Es ist nämlich deutlich zu erkennen, dass die wachstums- und wirtschaftsfeindliche Politik von SPD und Grünen zu einem Abschwung der Wirtschaftskraft und somit zugleich auch zu einer Verschlechterung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt führen würde. Wir dürfen jedoch nicht die gleichen Fehler wie die südeuropäischen Länder begehen, sondern müssen das Wachstum unserer Wirtschaft bestmöglich fördern. Dafür wird sich die FDP auch zukünftig mit aller Kraft einsetzen.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de